

# Die Session

## Frühling 2017

### Ständerat

#### **10.407 Pa. Iv. Humbel Ruth, CVP.**

##### **Prämienbefreiung für Kinder**

#### **13.477 Pa. Iv. Rossini Stéphane, SP.**

##### **KVG. Änderung der Prämienkategorien für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene**

Ständerat: 7. März 2017

Um diese parlamentarischen Initiativen umzusetzen, schlägt der Nationalrat eine Anpassung des KVG vor.

Aus Sicht der Groupe Mutuel ist es wichtig, die Verbindung zwischen erbrachter Leistung, verursachten Kosten und zu bezahlenden Prämien aufrechtzuerhalten. Deshalb sollen für Kinder weiterhin Prämien bezahlt werden. Es sind unseres Erachtens aber Massnahmen zu ergreifen, um die Prämienlast für die Familien zu dämpfen. Dies ist umso wichtiger, als dass die Altersklassen der jungen Erwachsenen ab 18 Jahren schon heute den grössten Anteil ihrer Prämie an die intergenerationelle Solidarität leisten. Eine Entlastung der Prämien für Kinder und Jugendliche und damit der Familien sollte deshalb durch die Schaffung von ein bis zwei neuen Altersklassen erreicht werden.

Schliesslich sollten die Kantone unseres Erachtens frei über die Art und Weise, wie sie die Prämienverbilligung im Kanton gestalten wollen, bestimmen können.

### Empfehlung

- › Ja zur Einführung von ein bis zwei neuen Altersklassen (Art. 16a KVG)

#### **16.3623 Mo. SGK-SR.**

##### **Transparenz bei der Spitalfinanzierung durch die Kantone**

Ständerat: 14. März 2017

Der Bundesrat wird beauftragt, die finanzielle Beteiligung der Kantone im Bereich der Investitionen und/oder der gemeinwirtschaftlichen Leistungen ihrer Spitäler zu evaluieren.

Die neue Spitalfinanzierung und die Einführung einer einheitlichen Tarifstruktur (SwissDRG) per 1. Januar 2012 sollten den Wettbewerb zwischen den Spitälern fördern. Dieser kann jedoch nur spielen, wenn die Rahmenbedingungen für alle identisch sind. Aus diesem Grund unterstützt die Groupe Mutuel diese Forderung. Beide Räte haben dieser Motion bereits zugestimmt. Da der Nationalrat jedoch eine Anpassung vorgeschlagen hat, muss sie vom Ständerat nochmals behandelt werden. In der neuen Formulierung ist die Zeitspanne «in den Jahren 2012 bis 2015» gestrichen worden. Diese neue Fassung kann unterstützt werden.

### Empfehlung

- › Zustimmung

#### **16.3906 Mo. SGK-NR.**

##### **Mehr unternehmerische Freiheit im Gesundheitswesen**

Ständerat: 14. März 2017

Die Kostensteigerung zu Lasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung geht weiter. Alle Massnahmen, welche es erlauben diese Entwicklung einzugrenzen, sollten unterstützt werden, um die Auswirkungen für die Prämienzahler zu beschränken. Da diese Motion in die richtige Richtung geht, sollte sie angenommen werden. Sie erlaubt nämlich:

- › die Eigenverantwortung zu erhöhen;
- › die freie Wahl der Versicherten zu verstärken;
- › die Innovation zu fördern;
- › die Kosten zu Lasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung einzudämmen;
- › den Wettbewerb zu stärken.

### Empfehlung

- › Zustimmung

#### **16.3987 Mo. Ettlín Erich, CVP.**

##### **OKP-Kostenanstieg dämpfen durch geeignete Kostenbegrenzungs-Massnahmen**

Ständerat: 14. März 2017

Diese Motion schlägt vor, ein System vom Typ «Ausgabenbremse» in der OKP einzuführen. Diese Massnahme geht grundsätzlich in die richtige Richtung, um die Kosten zu dämpfen und zu vermeiden, dass sich die Kostenentwicklung zu Lasten der OKP fortsetzt. Ihre Umsetzung scheint jedoch schwierig und die Methode hierfür wird nicht beschrieben. Eine Kann-Bestimmung dieses Typs besteht bereits im KVG (Art. 55), welche jedoch nie angewendet wurde. Obwohl dieser Vorschlag es erlaubt, die Kostenerhöhung zu Lasten der OKP zu beschränken, bekämpft er nur die Symptome und löst keine Probleme. Diese Massnahme führt schliesslich zu einer allgemeinen Rationierung.

Die Groupe Mutuel steht diesem Vorschlag somit eher kritisch gegenüber, selbst wenn die Absicht dahinter nachvollziehbar und richtig ist.

### Empfehlung

- › Ablehnung

### **16.3988 Mo. Ettlín Erích, CVP.**

#### **Einführung einer Vergütungspflicht von im Ausland freiwillig bezogener OKP-Leistungen**

Ständerat: 14. März 2017

Die Motion fordert, dass durch Versicherte auf freiwilliger Basis selber im Ausland getätigte Arzt- und Spitalbesuche sowie beschaffte MiGeL-Hilfsmittel und Medikamente von der OKP vergütet werden, sofern eine diesbezügliche ärztliche Verordnung vorliegt und die Auslandpreise unter den Schweizer Vergütungspreisen liegen.

Diese Massnahme erlaubt es, Kosten zu Lasten der OKP zu sparen. Dagegen verursacht die Übernahme medizinischer Konsultationen im Ausland, insbesondere die stationären, wenn die Strukturen in der Schweiz aufrechterhalten werden, Überkapazitäten, die schlussendlich die Prämien- und Steuerzahler in der Schweiz finanzieren müssen. Schliesslich stellt sich die Frage der Behandlungsqualität, der medizinischen Verantwortlichkeit, der konkreten Umsetzung gemäss Schweizerischem Tarifsystem (DRG, Tarmed, ...) und der Anwendung der WZW-Kriterien gemäss KVG.

Aus diesen Gründen unterstützt die Groupe Mutuel die Vergütung der im Ausland gekauften Hilfsmittel und Medikamente, soweit sie von einem durch die Schweizer Gesetzgebung anerkannten Arzt verordnet werden. Dagegen sollten die Arzt- und Spitalbesuche durch in der Schweiz anerkannte Leistungserbringer erbracht werden.

#### **Empfehlung**

- Zustimmung für Hilfsmittel und Medikamente

### **16.4086 Mo. Dittli Josef, FDP.**

#### **Pflegesparkonto. Senkung der Krankenkassenprämien und Entlastung des Pflegepersonals**

Ständerat: 14. März 2017

Diese Motion fordert, dass die Finanzierung der Pflegeleistungen im Alter neu über ein Pflegesparkonto abgewickelt wird.

Gemäss verschiedenen Studien werden sich die Kosten in diesem Bereich bis 2045 verdoppeln oder sogar verdreifachen. Daher besteht bereits heute Handlungsbedarf.

Da dieser Vorschlag die individuelle Eigenverantwortung stärkt, geht er in die richtige Richtung und sollte unterstützt werden. Andere Finanzierungslösungen wie zum Beispiel die Einführung eines Zeitsparkontos oder die Schaffung einer obligatorischen privaten Versicherung (kombinierte Modelle sind möglich) sollten jedoch parallel analysiert werden, um eine nachhaltige Finanzierung der Pflege gewährleisten zu können.

#### **Empfehlung**

- Zustimmung

### **16.3989 Po. Ettlín Erích, CVP.**

#### **Auslandpreisvergleich Spital-Baserates**

Ständerat: 14. März 2017

Der Bundesrat wird gebeten, einen Vergleich der Baserates anderer OECD-Länder durchzuführen und allfällige Tariffdifferenzen zu analysieren.

Da sich dieses Postulat allenfalls positiv auf die Kosten zu Lasten der OKP auswirken kann, sollte es unterstützt werden.

#### **Empfehlung**

- Zustimmung

### **Nationalrat**

### **14.088 BRG. Altersvorsorge 2020.**

#### **Reform**

Nationalrat: 28. Februar 2017

Ständerat: 7. März 2017

Nationalrat: 13. März 2017

Ständerat: 16. März 2017

Nationalrat: 16. März 2017

Diese Vorlage befindet sich in der Differenzbereinigung. Eine Differenz betrifft die Kompensationsmassnahmen, um die Senkung des Umwandlungssatzes von 6.8 % auf 6 % ausgleichen zu können.

Für den Ständerat schliesst dieses Paket die Festlegung der Eintrittsschwelle auf Fr. 21'150.–, eine Senkung des Beitragsalters auf 20 Jahre, einen Koordinationsabzug von 40% des Lohnes mit Maximal- und Minimalgrenze sowie zwischen 5% und 18% gestaffelte Beitragssätze ein. Zusätzlich sieht der Ständerat mit einer Erhöhung der Renten um Fr. 70.– in der 1. Säule eine Kompensation der Umwandlungssatzsenkung im BVG vor.

Der Nationalrat hat seinerseits entschieden, die Eintrittsschwelle auf Fr. 21'150.– und das aktuelle Beitragsalter (25 Jahre) beizubehalten, aber den Koordinationsabzug abzuschaffen und nur 2 Beitragsklassen (25 bis 44 Jahre und 45 Jahre bis zum Referenzalter) zu behalten. Die SGK-NR schlägt eine Erhöhung auf 3 Beitragsklassen vor.

Grundsätzlich ist es aus Sicht der Groupe Mutuel wichtig, dass eine ausgewogene Vorlage erreicht wird, damit dieses wichtige Reformprojekt im Rahmen einer allfälligen Volksabstimmung mehrheitsfähig ist.

Der Vorschlag des Ständerates, den Koordinationsabzug auf 40% des Lohnes mit Maximal- und Minimalgrenze festzulegen, ist sinnvoll und einfach umsetzbar (keine Verknüpfung mit dem Beschäftigungsgrad, welcher insbesondere für starke saisonale Schwankungen im Bereich der im Stundenlohn angestellten Personen nicht immer einfach zu bestimmen ist). Zudem unterstützt die Groupe Mutuel ebenfalls eine kurze Übergangsgeneration, d.h. eine von 10 bis maximal 15 Jahren.

#### **Empfehlung**

- Ja zu einer ausgewogenen Vorlage
- Ja zum Vorschlag des Ständerates für den Koordinationsabzug
- Ja zu einer kurzen Übergangsgeneration (maximal 10 bis 15 Jahre)

### **13.426 Iv. pa. Poggia Mauro, MCR.**

#### **Stillschweigende Verlängerung von Dienstleistungsverträgen. Mehr Informationen und Schutz für Konsumentinnen und Konsumenten**

Nationalrat: 17. März 2017

Diese Initiative fordert, dass Dienstleistungsanbieter, die eine stillschweigende Fortführung eines abgeschlossenen Dienstleistungsvertrages vereinbaren, ihre Kundinnen und Kunden über die Möglichkeit, vom Vertrag zurückzutreten, informieren müssen.

Die Fristverlängerung dieser parlamentarischen Initiative sollte abgelehnt werden, da dieser Vorschlag in der praktischen Umsetzung problematisch ist und unangemessene Verwaltungskosten verursachen wird, welche schlussendlich die Kunden zu bezahlen haben. Zudem wird der Kunde über die Geschäftsbedingungen informiert, wenn er den Vertrag unterschreibt.

Den Konsumentenschutzanliegen wird ausserdem im Rahmen der Versicherungsaufsicht bereits weitgehend und zunehmend Rechnung getragen.

#### **Empfehlung**

- Ablehnung der Fristverlängerung

---

**Ihr Kontakt der Groupe Mutuel**

**Miriam Gurtner**

Tel. 058 758 81 58

[migurtner@groupemutuel.ch](mailto:migurtner@groupemutuel.ch)

[www.groupemutuel.ch/positionen](http://www.groupemutuel.ch/positionen)

---